

Vertreterversammlung am 15. Juni 2009

Den ganzen Tag über hatten sich die Regenwolken über dem Berliner Himmel zusammen gezogen. Am Abend entlud sich dann das Unwetter. Es tobten zwar keine Urgewalten im großen Sitzungssaal der KZV Berlin, dennoch waren die Debatten im Rahmen der Vertreterversammlung zeitweise von hoher Emotionalität gezeichnet. Die Vorsitzenden Dr. Annette Bellmann und Dr. Peter Kircher mussten ein ums andere Mal für Ruhe sorgen und auf die Einhaltung der Rednerlisten hinweisen. Fünf Stunden lang wurde allerdings auch konzentriert und konstruktiv beraten. Die VV war mit 34 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.



Dr. Annette Bellmann und Dr. Peter Kircher, die Vorsitzenden der VV

Bericht des Vorstandes

Als neue Pressesprecherin der KZV Berlin wurde Susanne Drkosch vorgestellt.

Fortbildung nach §95 d SGB V

Dem schloss sich der Bericht von Dr. Pochhammer zum aktuellen Stand der Umsetzung der Fortbildungsverpflichtung der Zahnärzte nach § 95 d SGB V an. 125 Fortbildungspunkte müssen die Zahnärzte nachweisen, deren Stichtag für den Nachweis der Fortbildung der 30. Juni 2009 ist. Dr. Pochhammer verwies ausdrücklich darauf, dass diejenigen Zahnärzte, deren Fortbildungspunkte nicht ausreichend erbracht wurden, in mehreren Stufen von der KZV Berlin erinnert wurden. So hatten Mitte März diesen Jahres 1.714 Zahnärzte Ihren Nachweis noch nicht erbracht, Anfang Juni war die Zahl auf 770 gesunken. Am 15.06.09 fehlten von den 2.700

zu erbringenden Nachweisen noch 422. Dr. Pochhammer machte klar, dass die Konsequenz in Form von Honorarkürzungen eindeutig vom Gesetzgeber festgeschrieben wurde und die KZV Berlin dem nachkommen muss.



Die Vertreterversammlung

Angleichung der Honorare an West-Niveau

Prägnant berichtete Dr. Husemann chronologisch über die Aktivitäten des Vorstandes, um auf allen Ebenen die Anpassung der Honorare der Vertragszahnärzte auf West-Niveau zu erreichen. Aus den Reihen der Vertreterversammlung gab es in der anschließenden Aussprache Zuspruch und unterstützenden Beifall. „Die extremen Bemühungen des Vorstandes sind bei der Berliner Zahnärzteschaft auf fruchtbaren Boden gefallen“, kommentierte VV-Mitglied Dr. Heinrich Schleithoff. Er wünsche sich allerdings auch deutliche Signale aus der KZBV, die Berliner und die übrigen Ost-KZVen im Kampf um die Ost-West-Angleichung zu unterstützen. Dr. Pochhammer ergänzte, dass die KZBV vor allem vertreten durch Dr. Fedderwitz die Interessen der Berliner Vertragszahnärzte auch auf Bundesebene bei den politischen Entscheidungsträgern unterstütze.

Dr. Husemann machte abschließend klar, dass die KZV Berlin als auch die Ost-KZVen sich so weit wie möglich bemüht haben. Gleichwohl blicke er aber mit nicht allzu großen Hoffnungen auf die abschließenden Beratungen am 17. Juni 2009 im Gesundheitssauschuss des Bundestages zur Novelle des Arzneimittelgesetzes, die auch beinhaltet, die zahnärztliche Vergütung der Zahnärzte im Osten einschließlich Berlins anzuheben.



Der Vorstand der KZV Berlin: Dr. Pochhammer, Dr. Husemann und Herr Herzog (von links nach rechts)

Behandlung von Behinderten

Nachdem der Standort im Elisabeth-Krankenhaus für die Behandlung von Behinderten unter Vollnarkose weggefallen ist, so berichtete Dr. Husemann, fand im Mai 2009 ein Treffen im Abgeordnetenhaus von Berlin statt. Die Abgeordneten Stefanie Winde (SPD), Birgit Monteiro (SPD) und Mario Czaja (CDU) loteten mit Dr. Husemann die Möglichkeiten einer neuen zentralen Versorgungsstelle aus. Dr. Husemann informierte über die erforderlichen Investitionen. Die Beratungen dauern an. Gleichzeitig bittet die KZV Berlin die Zahnärzte, die Behinderte wenn erforderlich in Vollnarkose behandeln, zu einem Erfahrungsaustausch Ende August. Die KZV Berlin sei weiterhin bestrebt, die Kräfte in der Zahnärzteschaft zu bündeln und die Behandlung dank des Engagements der einzelnen Zahnärzte zu gewährleisten. Dr. Husemann verwies abschließend auf die ab 1. Juli 2009 geltenden Änderungen bei den Ärzten, nachdem die Leistung der Anästhesisten aus den Regelleistungsvolumina herausgenommen werden.

Gebühren laut Zulassungsverordnung

Dr. Pochhammer führte auf die Anfrage von Dr. Jürgen Gromball aus, dass er bei der KZBV wegen einer Absenkung der Gebühren angefragt habe. In ihrer Antwort verweist die KZBV auf §46 der Zulassungsordnung, in der die Gebühren verbindlich festgelegt sind. Die Zulassungsverordnung ist eine bundeseinheitliche Regelung, die für alle KZVen gilt.

Fragestunde

Die Frage von Dr. Schleithoff betraf die langen Wortprotokolle der Vertreterversammlungen zum Beispiel von 110 Seiten. Angefragt wurde auch die zu erwartende HVM-Rückzahlung aus 2008. In diesem Jahr sind laut Vorstand wahrscheinlich 2 Millionen Euro zu verteilen.

Angeregt wurde, das Jahrbuch 2008 mit den statistischen Basisdaten zur vertragszahnärztlichen Versorgung, das von der KZBV herausgegeben wird, an alle Mitglieder der VV zu verteilen. Auf Nachfrage von Dr. Schmiedel informierte der Vorstand darüber, dass die neue digitale Anlage für die Aufzeichnung der VVen nach der Sommerpause zur Verfügung stehen soll.

Anträge

Es lagen keine Anträge zur Abstimmung vor.

Besetzung für den Landesauschuss

Für die Legislaturperiode 01.01.2009 bis 31.12.2012 werden die bisher für den Landesauschuss tätigen Mitglieder bei 1 Enthaltung bestätigt.

Mitglieder

Karsten Geist
 Dr. Jörg-Peter Husemann
 Peter Herzog
 Dr. Karl-G. Pochhammer
 Karola Hein
 Heike Schilling
 Hans-Ulrich Schrinner
 Dr. Bernd Möhrke

Persönliche Stellvertreter

Dr. Jürgen Gromball
 Dr. Horst Freigang
 A. Müller-Reichenwallner
 Dr. Lewon Tunjan
 Sigurd Pohl
 Karl-Heinz Bingen
 Michael Müller
 Edeltraud Jakobczyk

Vorläufiger Bericht des Rechnungsprüfungsausschuss für 2006

Die folgenden 90 Minuten waren von erhitzten Debatten und Wortgefechten, die wiederholt der sachlichen Argumentation entbehrten, gekennzeichnet.

Dr. Dohmeyer-de-Haan berichtete in seiner Funktion als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) über den vorläufigen Bericht des RPA für das Rechnungsjahr 2006. In dem knapp 4 Seiten umfassenden Bericht heißt es u.a.:

“Der Rechnungsprüfungsausschuss stellt (...) fest, dass er vom Vorstand in seiner Tätigkeit massiv behindert worden ist und wird. (...) Wegen der Weigerung des Vorstandes (...) die Einsichtnahme in die Konten (...) zu ermöglichen und erbetene Auskünfte zu erteilen, ist der von uns bis zum 31.03.2009 zu erstattende Bericht notwendigerweise lückenhaft.

Aus den Unterlagen, die uns vom Vorstand für das Jahr 2006 allein zugänglich gemacht und von uns stichprobenartig überprüft worden sind, ergibt sich nach unseren bisherigen Erkenntnissen bereits ein Schaden in Höhe von ca. 80.000.- für das Jahr 2006, welcher der KZV durch das Verwaltungshandeln ihres Vorstandes entstanden ist.“

In ruhiger und sachlicher Art nahm Dr. Pochhammer als zuständiges Mitglied des Vorstandes dazu Stellung. Er bestätigte das Vorliegen des Berichts, wolle aber nicht auf Details eingehen, da dies ausführlich in dem Antwortschreiben des

Vorstandes geschehen sei. Es werden falsche Behauptungen aufgestellt, z.B. dass der Vorstand massiv die Arbeit des RPA behindert habe. Dies ist unwahr, der RPA habe alle Unterlagen der Finanzbuchhaltung erhalten und jeden Beleg in den letzten 15 Monaten geprüft. Der Vorstand hätte zu jeder Zeit für Fragen und Auskünfte zur Verfügung gestanden. Dr. Pochhammer verwies ausdrücklich darauf, dass Honorarkonten laut einem Beschluss der VV vom Vorstand nicht offen gelegt werden dürfen. Er warf den Mitgliedern des RPA vor, bewusst zu suggerieren, ein Schaden sei entstanden und der Vorstand lege ein unseriöses Verhalten an den Tag.

Beispielhaft erläuterte die kaufmännische Geschäftsführerin der KZV Berlin, Frau Pache, die Führung der Honorarkonten unter Einbehaltung des Datenschutzes und das buchungstechnische Vorgehen.

Immer wieder wurden die Ausführungen und Redebeiträge von Zwischenrufen unterbrochen. Einzelne Wortmeldungen drückten den Unmut der Vertreter aus, wie dünn und dürftig doch die Ergebnisse des RPA seien. Dr. Schleithoff stellte dazu später unter TOP 8 fest: „Eine RPA-Ordnung musste deshalb beschlossen werden, weil die Arbeit des RPA als nicht ausreichend empfunden wurde.“ Dr. Schmiedel ergänzte, er sei enttäuscht von der Arbeit des RPA. „Die stichprobenartige Prüfung beinhaltet nur die Diskreditierung des Vorstandes. (...) Hier werden politische Ziele verfolgt und ausgeschlachtet. (...) 3 ½ Seiten Bericht des RPA, das ist dünn und schadet am Ende dem Berufsstand“, so Dr. Schmiedel.

Entlastung des Vorstandes für das Rechnungsjahr 2006

So kam es nach knapp 2 Stunden Debatte zur geheimen Abstimmung. Unter der Aufsicht des Justiziar Karl Euwens von der KZV Berlin wurde darüber abgestimmt, ob der Vorstand in Bezug auf das Rechnungsjahr 2006 von den Vorwürfen entlastet wird. Mit 21 Ja- gegen 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung wurde der Vorstand entlastet. Dr. Husemann dankte dafür im Namen des Vorstandes und der beteiligten Mitarbeiter der KZV Berlin.



Jede Stimme gezählt: Frau Vehabovic (Sekretärin des Vorstandes), Dr. Peter Kircher und Justiziar Karl Euwens

Bericht des Vorsitzenden des Hauptausschusses

In seiner Funktion als Vorsitzender des Hauptausschusses legte Dr. Heinrich Schleithoff den überarbeiteten Entwurf einer Rechnungsprüfungsordnung vor. Im Zentrum dieses überarbeiteten Entwurfs steht dabei, dass der Bericht des RPA innerhalb von 3 ½ Monaten vorliegen muss. Es folgte eine lange Diskussion, die von Justiziar Karl Euwens juristisch beratend begleitet wurde. Letztendlich wurde der Rechnungsprüfungsordnung in der vorgestellten Fassung mit 20 Ja- und 12 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Ohne Debatte votierte die Mehrheit der Vertreter der VV für die Nachwahl zweier Mitglieder für den Rechnungsprüfungsausschuss. Die Wahl dieser Mitglieder erfolgt im Rahmen einer außerordentlichen VV am Montag, dem 29. Juni 2009, um 19.00 Uhr.

Susanne Drkosch

Außerordentliche Vertreterversammlung am 29. Juni 2009

Einziger Tagesordnungspunkt war die Nachwahl zweier Mitglieder für den Rechnungsprüfungsausschuss. Die Vertreterversammlung war mit 31 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig. Zur Wahl wurden folgende Mitglieder aufgestellt:

Edeltraud Jakobczyk
Dr. Arnt Gerstenberger

In geheimer Wahl entfielen auf Edeltraud Jakobczyk 20 Ja- und 8 Nein-Stimmen sowie 2 Enthaltungen und auf Dr. Arnt Gerstenberger 23 Ja- und 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Beide haben die Wahl angenommen und sind nunmehr ordentlich gewählte Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses bis zum Ende der Legislaturperiode.

Susanne Drkosch

Praxiseinrichtungen

- Planung, Fertigung, Montage
- Um- und Ausbauleistungen
- Behandlungszeilen

Klaus Jerosch GmbH
Tel. (030) 29 04 75 76
Info-Tel. (0800) 5 37 67 24
www.jerosch.com

